

# НЕМЕЦКИЙ ЯЗЫК

**А. Алаева**

**А. А. Алаева**

БГЭУ (Минск)

*Научный руководитель Р. А. Плавинский*

## CO<sub>2</sub>-STEUERINDEUTSCHLAND

### Углеродный налог в Германии

Meine Studie widmet sich dem Erforschen des Begriffs «CO<sub>2</sub>-Steuer» anhand der in Deutschland gesammelten Informationen. Das Hauptziel der vorliegenden wissenschaftlichen Arbeit ist es, einen Überblick über dieses relativ neue Ereignis in der Weltwirtschaft und über seine Folgen zu bekommen.

Klimaschutz, Treibhauseffekt, Klimawandel – alle diese Themen sind heutzutage sehr eng mit dem Begriff «Kohlenstoffdioxid» verbunden. Kohlenstoffdioxid ist eine chemische Verbindung aus einem Kohlenstoffatom und zwei Sauerstoffatomen. In der Luft kommt CO<sub>2</sub> als Gas vor, allerdings ist dessen Anteil sehr gering – nur etwa 0,04 % der Atmosphäre besteht aus Kohlendioxid. Eine zu hohe Konzentration des Kohlenstoffdioxids kann aber den Wärmehaushalt der Erde negativ beeinflussen d.h. je höher die CO<sub>2</sub>-Konzentration ist, desto weniger Wärme kann über die Atmosphäre wieder abgegeben werden, weil das Kohlenstoffdioxid die vom Erdboden reflektierten Sonnenstrahlen teilweise erneut reflektiert und damit den Treibhauseffekt auslöst.

Die CO<sub>2</sub>-Steuer (Kohlenstoffsteuer) stellt eine Steuer auf die Emission von Kohlendioxid dar. Das Ziel der CO<sub>2</sub>-Abgaben ist es, die aus diesen Emissionen resultierenden Auswirkungen – wie die globale Erwärmung oder die Versauerung der Meere – mithilfe eines höheren Kohlenstoffpreises zu verringern.

Die Kohlenstoffsteuer wurde im Jahre 2020 in Deutschland eingeführt, damit die Bundesregierung ihre CO<sub>2</sub>-Reduzierungsziele erreichen und die Energiewende finanzieren kann. Ab 1. Januar 2021 sind 25 Euro je Tonne CO<sub>2</sub>-Ausstoß durch Benzin, Diesel, Gas und Flüssiggas fällig – die Steuer soll sich bis 2025 auf 55 Euro je Tonne CO<sub>2</sub>-Ausstoß erhöhen. Keine CO<sub>2</sub>-Steuer wird nur für Biomethan berechnet. Bei Kohle soll ab 2023 ein nationaler Emissionspreis erhoben werden. Die CO<sub>2</sub>-Steuer müssen Unternehmen je nach Höhe der verursachten CO<sub>2</sub>-Emissionen zahlen. Das Ziel der Kohlenstoffsteuer ist es, fossile Brennstoffe und Kraftstoffe unattraktiver zu machen und einen Anreiz für Unternehmen und Privatkunden zu schaffen, auf klimafreundlichere Alternativen umzusteigen. In den meisten Fällen reichen aber die Unternehmen die CO<sub>2</sub>-Steuer durch Preiserhöhungen an den Endverbraucher weiter.

Als Material für den praktischen Teil meiner Forschung dienen die statistischen Daten über die deutsche Stadt Verl, die ich früher besucht und deren Entwicklung hinsichtlich der Kohlendioxidemissionen (witterungsbereinigt) analysiert habe. Trotz Zunahme der Energiebezugsflächen konnten da die CO<sub>2</sub>-Emissionen von 2013 bis 2020 um 53 % gesenkt werden. Dies entspricht einer Einsparung von ca. 1.565 t CO<sub>2</sub>/a. Diese Einsparungen konnten dadurch erzielt werden, dass ab dem Jahr 2014 ausschließlich Strom aus erneuerbaren Energien bezogen wurde und die Wärmeerzeugung in städtischen Infrastukturobjekten fortlaufend auf emissionsärmeren Energieeinsatz (Fernwärme) umgestellt wurde. Im Jahr 2019 gab es einen erhöhten CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Dies hängt damit zusammen, dass in jener Zeit Strom aus einem Energiemix und nicht zu 100 % aus regenerativer Stromerzeugung bezogen wurde. Seit Beginn 2020 wird wieder ausschließlich regenerativ erzeugter Strom bezogen, wobei keine CO<sub>2</sub>-Emissionen entstehen.

Zusammenfassend kann man sagen, dass die CO<sub>2</sub>-Steuer das Mindeste ist, was die Regierung in den kommenden Jahren als klimapolitische Maßnahme treffen kann. Vor allem ist es auch wichtig, dass die Kohlenstoffsteuer sozial gerecht ist, dass nicht die armen Menschen darunter leiden, sondern hauptsächlich die großen CO<sub>2</sub>-Verursacher (reiche Menschen, Großkonzerne etc.) zahlen sollen, um der globalen Klimakrise entgegenzuwirken. Damit soll auch ein Anreiz zur Nutzung klimafreundlicherer Alternativen geschaffen werden.

**A. Korban, I. Shkuta**

**А. А. Корбан, И. А. Шкута**

БГЭУ (Минск)

*Научный руководитель Е. Г. Саликова*

## **GRÜNE WIRTSCHAFT IN DER REPUBLIK BELARUS**

### **Зелёная экономика в Республике Беларусь**

Unter grüner Wirtschaft versteht man eine Wirtschaft, die auf eine nachhaltige Entwicklung abzielt, ohne die Umwelt zu schädigen.

**Die Hauptziele** unserer Arbeit sind, herauszufinden, ob es eine grüne Wirtschaft in Belarus gibt und wie sie die Wirtschaft von Belarus beeinflusst.

Am Ende des 20. Jahrhunderts begann man, von grüner Wirtschaft zu sprechen, gefolgt von fünf Schlüsselprinzipien: dem Prinzip des Wohlbefindens, dem Gerechtigkeitsprinzip, dem Prinzip der planetarischen Grenzen, dem Prinzip der Effizienz und Suffizienz und dem Prinzip der guten Regierungsführung [1].